

Erwartungen und Positionierungen der Diakonie Deutschland zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020

**Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.**

Maria Loheide
Vorstand Sozialpolitik

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin
T +49 30 65211-1632
F +49 30 65211-3632
maria.loheide@diakonie.de
www.diakonie.de

Berlin, 11.12.2019

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft liegt im ersten Jahr der Amtszeit der Von der Leyen-Kommission sowie in der zweiten Hälfte ihres Arbeitsprogramms 2020. Zudem wird sie möglicherweise noch mit der Finalisierung des mehrjährigen Finanzrahmens befasst sein. Die Herausforderungen, denen sich Europa und Deutschland in Europa stellen müssen, sind vielfältig und stehen auf zunehmend unsicherer und unstabiler werdender Grundlage. Der wachsende Trend zu nationalistischen Politiken und die Schwächung multilateraler Politik stellen die europäische Integration mehr und mehr in Frage. Die Diakonie Deutschland betont, dass eine starke und vertiefte europäische Sozialpolitik auf der Basis des vertraglichen Wertekonsens ein Gegengewicht zugunsten der Menschen und ihrer Bedarfe und Nöte bilden muss.

Die soziale Dimension, welche die EU bereits in ihren vertraglichen Grundlagen hat, ist voll auszuschöpfen. Denn ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keine legitimierte europäische Integration und ohne europäische Integration gibt es keine soziale Gerechtigkeit. Deshalb muss zugleich eine kritische Auseinandersetzung mit rein wirtschaftlichen und marktliberalen Lösungsmodellen erfolgen, um neue technische Veränderungen und Innovationen mit einer starken sozialen Dimension zu gestalten.

Auf der Grundlage ihrer Diakonie-Charta für ein Soziales Europa unterstützt die Diakonie Deutschland insbesondere die Zielsetzungen der Ressorts der Bundesregierung für das zweite Halbjahr 2020, welche die soziale Dimension der EU stärken. Gleichwohl ist ihr bewusst, dass im Rahmen der Ratspräsidentschaft zwar das „Agendasetting“ bestimmt werden kann, für Rechtsakte aber das Initiativrecht bei der Europäischen Kommission liegt. Die Diakonie Deutschland macht deutlich, dass 2020 die Strategie der Europäischen Union zum intelligenten, nachhaltigen und inklusiven Wachstum ausläuft und vor diesem Hintergrund ein breiter und ganzheitlicher Ansatz zur Bewältigung der europäischen Herausforderungen auch durch die Ratspräsidentschaft befördert werden muss.

Der Vorsitz Deutschlands ist gleichzeitig der Auftakt für die Trio-Präsidentschaft mit Portugal und Slowenien 2021. Die Diakonie Deutschland fordert die Bundesregierung auf, die gemeinsame Arbeitsplanung und nachfolgende Zusammenarbeit im Trio aktiv zu nutzen, um die soziale Aufwärtskonvergenz auf einem hohen Niveau auch künftig zum Gegenstand

europäischer Politik zu machen. Im Einzelnen hat die Diakonie Deutschland die geplanten Schwerpunktthemen für das „Agendasetting“ auf EU-Ebene zur Kenntnis genommen.

Für die Diakonie Deutschland spielen die folgenden Aspekte eine besonders wichtige Rolle:

Es ist für den Erfolg der Ratspräsidentschaft mitentscheidend, dass sich die Bundesregierung intensiv für die **Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte** einsetzt. Zu deren Prinzipien zum Sozialschutz und zur sozialen Inklusion gehört das Prinzip 14, das die Einigung der EU auf eine Mindestsicherung enthält. Zur **armutsfesten Mindestsicherung** in jedem Land der EU gehört ein verbindlicher Rahmen, der auf der europäischen Ebene einen Mindeststandard setzt und dazu beiträgt, dass soziale Ungleichheit sowie Armut reduziert und auseinanderdriftende Lebensverhältnisse vermieden werden. Im Zusammenspiel damit unterstützt die Diakonie auch die Etablierung **gerechter europaweiter Mindestlöhne**. Die Prinzipien der „Säule“ insgesamt sollten gemeinsam mit den UN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) die Grundlage für eine Folgestrategie zur Strategie Europa 2020 in einem neuen Europäischen Semester bilden. Auch diese weit über die Zeit der Ratspräsidentschaft hinausgehende nachhaltige Ausrichtung der EU-Politik sollte in der zweiten Jahreshälfte 2020 durch die Bundesregierung geprägt werden.

Die Bundesregierung sollte sich bei der Umsetzung der „Säule“ in ihren Initiativen der Ratspräsidentschaft mit konkreten Vorschlägen mit einem **Aktionsplan** zur „Säule“ beteiligen. Dabei wäre u.a. zu berücksichtigen, dass

- a) diese als Referenz für nationale Investitionsentscheidungen herangezogen wird, dass
- b) die „Säule“ als Referenz für die Ausgestaltung von sozialer Innovation dienen sollte, z.B. im Rahmen der Kohäsionsfonds, u.a. auch des EFRE sowie dass
- c) die „Säule“ als Ausgangspunkt für den Austausch von good practices unter den Mitgliedstaaten gewählt wird.

Falls der **mehrjährige Finanzrahmen** (MFR) und die Verordnungen zu den EU-Fonds nicht bereits vorher final verhandelt wurden, drängt die Diakonie Deutschland auf den schnellstmöglichen Abschluss eines MFR für 2021-2027, mindestens orientiert an dem Entwurf der Kommission. Für den ESF + darf es keine weitere Absenkung geben, da dieser überwiegend der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte dienen soll und eine der Grundlagen für den sozialen Zusammenhalt in der EU ist. Zudem sind der Diakonie, wie auch der Freien Wohlfahrtspflege insgesamt, zügige Trilog-Verhandlungen zu den Verordnungsvorschlägen zu den EU-Fonds wichtig.

Dabei sollte beim **ESF +** vor allem auf folgendes geachtet werden:

- o Einpassung des ex-FEAD zu denselben Bedingungen wie in der aktuellen Förderperiode: vereinfachte Indiktorik, höhere Kofinanzierung (85 %)
- o Verwaltungsvereinfachungen: verstärkter Einsatz von Pauschalen, die auch vom jeweiligen nationalen Haushaltsrecht anerkannt werden (kein „gold plating“)
- o Ko-Finanzierung ESF + in den einzelnen Regionen: Anpassung der vorgeschlagenen Kofinanzierungssätze nach oben. Ansonsten können sich insbesondere die Partner nicht mehr an der Förderung beteiligen, da der Eigenanteil zu hoch wird.
- o Stärkung des Partnerschaftsprinzips: die bereits erfolgreich umgesetzten Partnerschaftsprogramme in Deutschland belegen eine positive Wirkung dieses Prinzips (Sozialpartner und NRO's: BAGFW)

Die Diakonie Deutschland unterstützt die während der Ratspräsidentschaft geplante europaweite **Demokratieförderung**. Angesichts deutlicher nationalistischer und rechtspopulistischer bis zu menschenfeindlichen Strömungen und Verhaltensweisen in einer Großzahl europäischer Länder (z.B. Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus), ist die Präventions- und Bildungsarbeit, gerade mit Kindern und Jugendlichen und die Stärkung der Förderung und Unterstützung von Kindern- und Jugendlichen, Gegenstand diakonischer Aktivitäten.

Zugleich fordert die Diakonie Deutschland die Bundesregierung auf, während der Ratspräsidentschaft vor allem auch die von der Kommission geplante **EU-Gleichstellungsstrategie** zu unterstützen. Dazu gehört, den aus 2008 datierenden Entwurf der Anti-Diskriminierungsrichtlinie für Waren und Dienstleistungen wieder aufzugreifen und voranzubringen. Derzeit fehlt es an einer Regelung zum Schutz vor Diskriminierung aus Gründen der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung im Lebensalltag außerhalb von Beschäftigung und Beruf. Wesentlich an der Gleichstellungsstrategie muss auch die Auseinandersetzung mit **Fragestellungen zu „Rassismus“** sein. Die scheidende Europäische Kommission hat Vorarbeiten zu einer Fortschreibung des EU-Rahmens für nationale Strategien zur Integration der Roma über 2020 hinaus getroffen. Der neue EU-Rahmen sollte unter der deutschen Ratspräsidentschaft verabschiedet werden. Er sollte sich nicht auf einen simplen Armutsdiskurs beschränken, sondern die gesellschaftspolitische Bekämpfung des Antiziganismus als Querschnittsthema verankern.

Unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sollte angeregt werden, die Verhandlungen zur Unterzeichnung der **Europäischen Menschenrechtskonvention** wieder aufzunehmen.

Die Diakonie Deutschland begrüßt zudem den geplanten Schwerpunkt „**Jugend**“ und unterstützt das Vorhaben, Ratsschlussfolgerungen zu Jugend und Demokratie leben zu initiieren. Die Diakonie begrüßt die für Juli 2020 geplante Jugendkonferenz in Berlin. Thematische Schwerpunkte müssen hier auch auf die Lebenslagen von benachteiligten jungen Menschen eingehen. Die Diakonie Deutschland fordert, dass sich die Bundesregierung auch auf europäischer Ebene verstärkt für inklusive Strukturen und Instrumente vor allem für Jugendliche sowie Chancengleichheit im Bildungssystem einsetzt. Ferner regt die Diakonie an, u.a. auf den Europäischen Freiwilligendienst, das Europäische Solidaritätskorps und Discover EU einzugehen. Der größer geplante Jugenddemokratiekongress zur Stärkung der Demokratie in Europa stellt ein wichtiges Forum zur Verknüpfung von jungen Menschen und demokratischer Bewusstseinsbildung dar. Hier wird die Diakonie in ihren regionalen Strukturen good practices ausmachen und junge Menschen ansprechen, die im Rahmen dieses Kongresses eine Rolle spielen können.

Ebenso ist es der Diakonie Deutschland wichtig, dass die Bundesregierung die Thematik „**Gewalt gegen Frauen**“ gemeinsam mit den übrigen Mitgliedstaaten aufgreift und sich dafür einsetzt, dass die Istanbul Konvention zumindest von allen Staaten der EU ratifiziert wird. Diese muss vorbehaltlos und vollumfänglich umgesetzt werden. Die Diakonie Deutschland begrüßt, dass es zu diesen Fragestellungen im November 2020 in Potsdam eine Konferenz geben soll.

Die im Rahmen der Gesundheitspolitik geplante Schwerpunktsetzung auf der Thematik „**Digitalisierung**“ ist aus Sicht der Diakonie Deutschland zum Beispiel mit Blick auf die

Digitalisierung der Gesundheitsberufe und der Pflege eine deutliche Ergänzung zur demografischen Entwicklung. Die in diesem Kontext ebenfalls eingebrachte Fragestellung der Rechte Älterer in Zeiten der Digitalisierung wird von der Diakonie Deutschland ebenso wie die gesundheitspolitische Fokussierung unterstützt.

Die Diakonie Deutschland sieht die wichtige Rolle, die der „**European Social Economy Summit**“, der im November 2020 in Mannheim stattfinden soll, für die Sozialwirtschaft spielt. Die dortige Gelegenheit wird auch zur europäischen Vermittlung und Diskussion dessen genutzt werden, was die Freie Wohlfahrtspflege in Deutschland macht, welchen Bedingungen und Herausforderungen sie in ihrem sozialstaatlichen System ausgesetzt ist und wie sie sich in dieses System erfolgreich einbringt. Dabei geht es der Diakonie Deutschland ganz besonders um Rahmenbedingungen, die die gemeinnützige Sozialwirtschaft unterstützen und Raum für soziale Innovationen bieten. Zudem ist der „Summit“ eine wichtige Plattform zum Austausch mit europäischen Vertretern der Sozialwirtschaft, um andere, innovative und erprobte Modelle der sozialwirtschaftlichen Arbeit kennenzulernen.

Die **Weiterentwicklung der Strategie Europa 2020** für die kommende Dekade muss die soziale Dimension der EU-Politik vertiefen. Eine Integration lässt sich ohne sie nicht legitimieren. Deshalb sollten neben den Prinzipien der Europäischen Säule sozialer Rechte auch die SDG der Agenda 2030 der Vereinten Nationen Bestandteil einer neuen nachhaltigen Europa Strategie sein. Als ein Beispiel dafür setzt sich die Diakonie auch für **nachhaltige Lieferketten** ein. Damit unterstützt sie das geplante Ziel der Ratspräsidentschaft, auf diesem Gebiet einen politischen Erfolg zu erzielen. Sie engagiert sich mit ihren Mitgliedern, insbesondere ihren Sozialunternehmen, damit sozioökologische Produkte in der Arbeit der sozialen Dienste verwendet werden. Dies bezieht sich auf möglichst viele Kategorien des Einkaufs. Insgesamt ist es der Diakonie dabei wichtig, dass mit dem sozioökologischen Einkauf und den damit verknüpften nachhaltigen Lieferketten auch eine wirtschaftliche Berücksichtigung in den Preisen und Entgelten des Abnehmers erfolgt. Höherpreisige nachhaltige Waren und Dienstleistungen müssen bei der Vergabe durch öffentliche Stellen zu verpflichtenden Ausschreibungskriterien und bei Entgeltverhandlungen zu Bestandteilen der Kosten werden. Die Diakonie Deutschland erwartet hier eine Verbesserung auch der europäischen Rahmenbedingungen.

Insgesamt sollten vor allem in die neue Europa 2030 Strategie die Ziele zur Armutsbekämpfung, Verringerung von Ungleichheiten, gute Arbeitsbedingungen und zur Geschlechtergleichstellung einfließen. Diese Ziele sollten Standards zur Aufwärtskonvergenz sowohl in sozialer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht bilden.

Berlin, den 11.12.2019

Gez.
Maria Loheide